BORIS HANDORN

Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht 141

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

141

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Boris Handorn

Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

Zur Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts gemäß § 1051 Abs. 1 und 2 Zivilprozessordnung

Mohr Siebeck

Boris Handorn, geboren 1973; Studium der Rechtswissenschaft und Wirtschaftsingenieurwesen in Berlin; 2004 Promotion; z. Zt. Rechtsanwalt in München.

978-3-16-158484-8 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019 ISBN 3-16-148571-8 ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.



Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2004 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis März 2005 berücksichtigt werden.

Viele haben dazu beigetragen, dass diese Arbeit entstehen konnte. Mein Dank gilt vor allem meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Helmut Grothe. Er vermittelte mir bereits während des Studiums die Faszination, die vom Internationalen Privatrecht ausgeht. Die Mitarbeit an seinem Lehrstuhl war für mich fachlich wie menschlich eine Bereicherung. Auf seine Anregung geht auch das Thema der Arbeit zurück.

Danken möchte ich ferner Herrn Prof. Dr. Helmut Lecheler für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Ich danke besonders Frau Susanne Weiß und Herrn Dr. Stefan Fuhrmann für ihre Hilfe. Sie haben auch die Mühe des Korrekturlesens auf sich genommen.

Verbunden bin ich dem Land Berlin, das die Entstehung der Arbeit durch ein Promotionsstipendium gefördert hat. Herrn Prof. Dr. Jürgen Basedow danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Mein größter Dank gebührt aber meinen Eltern, die mich auf meinem gesamten Lebensweg unermüdlich gefördert und großzügig unterstützt haben. Ihnen widme ich diese Arbeit.

München, im April 2005

Boris Handorn

Inhaltsübersicht

§ 1	Einleitung
	ERSTER TEIL
	Grundlagen des Sonderkollisionsrechts der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit
§ 2	Die lex arbitri als Kollisionsgrundnorm deutscher internationaler Schiedsgerichte
§ 3	Quellen des Sonderkollisionsrechts der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit
§ 4	Der sachliche Anwendungsbereich des Sonderkollisionsrechts
§ 5	Die Bedeutung des Europäischen Schuldvertragsübereinkommens (EVÜ) für das Sonderkollisionsrecht gemäß § 1051 I, II ZPO
	ZWEITER TEIL
	Anknüpfungsgrundsätze des Sonderkollisionsrechts
§ 6	Die Bestimmung des anwendbaren Sachrechts durch die Parteien gemäß § 1051 I ZPO
§ 7	Die objektive Anknüpfung des anwendbaren Sachrechts durch das Schiedsgericht
§ 8	Überprüfbarkeit der kollisionsrechtlichen Entscheidung durch staatliche Gerichte
	DRITTER TEIL Sonderanknüpfungen
§ 9	Schranken der Parteiautonomie in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit 158
§ 10	Eingriffsnormen
§ 11	Verbraucherschützende Sonderanknüpfungen vor internationalen Schiedsgerichten
§ 12	Schlussbetrachtung

Inhaltsverzeichnis

	rwortaltsübersicht	
	kürzungsverzeichnis	
§ 1	Einleitung	
	I. Problemstellung	
	II. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes und Begriffsbestimmungen	
	1. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	4
	a) Schiedsgerichtsbarkeit und staatliche Gerichtsbarkeit	
	b) Andere Modelle der außergerichtlichen Streitbeilegung	
	c) Nationale und internationale Schiedsgerichtsbarkeit	
	2. Fragen des anwendbaren Rechts im internationalen Schiedsverfahren	9
	Begriff des Sonderkollisionsrechts der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	1.0
	a) Allgemeines Kollisionsrecht	
	b) Sonderkollisionsrecht	
	III. Gang der Untersuchung	
	ERSTER TEIL	
	Grundlagen des Sonderkollisionsrechts der	
	INTERNATIONALEN SCHIEDSGERICHTSBARKEIT	
§ 2	Die lex arbitri als Kollisionsgrundnorm deutscher	
	internationaler Schiedsgerichte	17
	I. Das von staatlichen Gerichten anzuwendende Kollisionsrecht –	
	Maßgeblichkeit der lex fori	18
	II. Fehlen einer "natürlichen" lex fori internationaler Schiedsgerichte	
	III. Der räumliche Anwendungsbereich des deutschen Schiedsverfahrensrechts	
	1. Das Territorialitätsprinzip gemäß § 1025 I ZPO	
	2. Lokalisation gemäß § 1043 I ZPO	
	IV. Ergebnis	25
§ 3	Quellen des Sonderkollisionsrechts der internationalen	
•	Schiedsgerichtsbarkeit	27
	I. Staatsvertragliche Kollisionsvorschriften im Bereich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	20
	1. Art. VII EuÜ	
	1. IXV TX DUU	47

		2. Art. 49 II Nr. 3 Deutsch-Tunesischer Rechtshilfe- und	
		Vollstreckungsvertrag	
	II.	Autonomes Sonderkollisionsrecht: § 1051 ZPO und die Vorbildnor	m
		des Art. 28 UMG	
		1. Rechtslage vor der Schiedsverfahrensrechtsreform von 1998	
		2. Das UNCITRAL-Modellgesetz	
		3. Reform des autonomen deutschen Schiedsverfahrensrechts	37
		3. Struktur des § 1051 ZPO und modifizierte Übernahme	
		des Art. 28 UMG	
		a) § 1051 I und II ZPO / Art. 28 I und II ZPO	
		b) § 1051 III und IV ZPO / Art. 28 III und IV UMG	40
§ 4	De	er sachliche Anwendungsbereich des Sonderkollisionsrech	its45
	I.	Universelle Umsetzung des UNCITRAL-Modellgesetzes	45
	II.	Beschränkung des § 1051 I und II ZPO auf die	
		Ermittlung des Vertragsstatuts?	46
		1. Der Wortlaut des § 1051 ZPO	48
		2. Die Begründung von Reformkommission und Regierung	
		3. Die Einordnung des § 1051 I und II ZPO als spezielle Kollision	isnorm
		der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit -	
		Vergleich mit Art. 187 schweizerisches IPRG	50
	III.	Ergebnis	52
5		e Bedeutung des Europäischen Schuldvertragsübereinkom VÜ) für das Sonderkollisionsrecht gemäß § 1051 I, II ZPC	
	I.	Staatsvertraglicher Charakter des EVÜ	
		und seine Umsetzung in Deutschland	54
	II.	Völkerrechtliche Bindung des Gesetzgebers zur Anwendung des EV	Æ
		in internationalen Schiedsverfahren?	
		1. Die Materialien zur Reform des Schiedsverfahrensrechts	
		2. Meinungsstand im Schrifttum	
		3. Der Bericht von Giuliano und Lagarde über das Übereinkomm	
		über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Re	cht59
		a) Interpretation des Ausschlusses in Art. 1 II lit. d EVÜ	59
		b) Wahrnehmung einer eigenständigen Kollisionsrechtspraxis	
		der Schiedsgerichte	
		c) Ergebnis	
		4. Regelungszusammenhang des EVÜ mit dem früheren EuGVÜ	
		5. "Natur" des Sonderkollisionsrechts?	
		6. Andere Mitgliedstaaten des EVÜ	
	***	7. Ergebnis	69
	III.	Einfachgesetzlich-autonome Bindung an Art. 27 ff. EGBGB:	
		§ 1051 I, II ZPO als Verweisungsnorm auf das allgemeine IPR?	70
		1. Die Regelungstechnik des § 1051 I, II ZPO	
	13.7	2. Widersprüchliche Regierungsbegründung	
	1 V .	Ergebnis	/3

ZWEITER TEIL

Anknüpfungsgrundsätze des Sonderkollisionsrechts

§ 6	Die Bestimmung des anwendbaren Sachrechts durch die Parteien					
			3 § 1051 I ZPO	79		
	•					
	I.		undsatz der Parteiautonomie			
	II.	Ein	zelfragen			
		1.	Wahl einer neutralen Rechtsordnung			
		2.	Sachnormverweisung als gesetzlicher Regelfall, § 1051 I 2 ZPO	82		
		3.	Die Wahl der lex mercatoria durch die Parteien	83		
			a) Lex mercatoria	83		
			b) Begriff der "Rechtsvorschriften" gemäß § 1051 I 1 ZPO	87		
			c) Kollisionsrechtliche oder materiellrechtliche Verweisung			
			auf die lex mercatoria?	90		
			aa) Intern und international zwingende Normen	91		
			bb) Erst-recht-Schluss aus der zulässigen Ermächtigung zum			
			Billigkeitsentscheid gemäß § 1051 III 1 ZPO	93		
			cc) Externe Lücken der gewählten nichtstaatlichen Regeln			
			dd) Ergebnis	97		
		4.	Teilweise Rechtswahl und freie Kombination von Rechtsvorschriften	98		
		5.	Versteinerungsklauseln			
		6.	Stillschweigende Rechtswahl	100		
			a) Wahl des Schiedsortes als stillschweigende Wahl des			
			anwendbaren Rechts?	102		
			b) "Negative Rechtswahl" als stillschweigende Wahl der			
			lex mercatoria?	103		
		7.	Indirekte Rechtswahl	105		
§ 7	Di	e ob	ojektive Anknüpfung des anwendbaren Sachrechts			
-	du	rch	das Schiedsgericht	109		
	I.	Un	terschiedliche methodische Ansätze zur objektiven Anknüpfung			
			ihre Regelung in Sonderkollisionsnormen	110		
		1.	Kollisionsrechtliche Ansätze			
			a) Lex arbitri-Theorie	110		
			b) Zwei Stufen-Test	112		
			aa) Positive Regelungen			
			bb) Methoden zur Ermittlung der anwendbaren Kollisionsregeln			
		2.	Voie directe			
		3.	Methodische Einordnung des § 1051 II ZPO			
			a) Die engste Verbindung als kollisionsrechtliches			
			Fundamentalprinzip	122		
			b) Notwendige Konkretisierung der kollisionsrechtlichen			
			Generalklausel	124		
		4	Freehnis			

	II.	Au	slegung des § 1051 II ZPO	126
		1.	Wortlautabweichung des § 1051 II ZPO von Art. 28 II UMG	
			und deren Bedeutung für das schiedsrichterliche Ermessen	
			bei der Anknüpfung	126
		2.	Zielkonflikte im Sonderkollisionsrecht	128
			a) Flexibilität	128
			aa) Begriffsbestimmung	128
			bb) Häufige "Neutralität" des formalen Schiedsortes	
			b) Rechtssicherheit	131
			c) Synthese: Internationaler Entscheidungseinklang	133
			aa) Horizontaler Entscheidungseinklang	134
			bb) Vertikaler Entscheidungseinklang	135
		3.	Mit § 1051 II ZPO vereinbare Anknüpfungsmethoden	136
			a) Kumulative Anwendung der beteiligten	
			Kollisionsrechtssysteme –	
			Regel von der Konkordanz bzw. Konvergenz	137
			b) Generell anerkannte Anknüpfungsprinzipien	
			c) Vorbehalt der allgemeinen Ausweichklausel	
			d) Selbständige Abwägung aufgrund der Umstände des Einzelfalls	
	III.	Ob	jektive Anknüpfung gemäß § 1051 II ZPO und die lex mercatoria	
		1.	Objektive Anknüpfung der lex mercatoria im	
			internationalen Vergleich	140
			a) Voie directe und der Verweis auf "règles de droit" ("rules of law").	
			b) Kollisionsrechtlicher Ansatz und der Verweis auf "law"	
			c) Kollisionsrechtlicher Ansatz und der Verweis auf "règles de droit".	
		2.	Wortlaut des § 1051 II ZPO: "Recht des Staates"	
		3.	Innere Rechtfertigung der eingeschränkten Wahlmöglichkeiten	
		4.	Lex mercatoria-Anknüpfung deutscher Schiedsgerichte auf der	
			Grundlage von Schiedsordnungen	147
			Č Č	
§ 8	Üb	ern	rüfbarkeit der kollisionsrechtlichen Entscheidung	
3 ~			staatliche Gerichte	140
	uu	CII	statificite Gerrente	147
	I.	A 11	gemeines	150
			ızelne Verstöße gegen § 1051 ZPO	
	11.	Lin	Zenie Verstobe gegen § 1031 Zi O	132
			DRITTER TEIL	
			Sonderanknüpfungen	
			BONDERANKHOLLONGEN	
§ 9	Sc	hrar	nken der Parteiautonomie in der internationalen	
3 -			Isgerichtsbarkeit	150
	30	iiiC(isgoriomsourken	136
	I.	Inte	ernationales Vertragsrecht	150
	1.	1	Reduktion des § 1051 I ZPO bei reinen Binnensachverhalten	
		1.	a) Wortlaut des § 1051 I ZPO	
			b) Auflösung einer Normenkollision	
			o, randamb the month of the man and the ma	. 0.5

		aa) Keine Umgehung der Regelungsziele des Art. 27 III EGBGB	
		bei Schiedsvereinbarungen	163
		bb) Übereinstimmung mit "rechtsvergleichenden Standards"	164
		c) Ergebnis	166
	2.	Eingriffsnormen und individualschützende Sonderanknüpfungen	
		als Rechtswahlschranken	
IÌ.	Rec	chtswahl bei Streitfragen außerhalb des Vertragsstatuts	
	1.	Überblick zum allgemeinen IPR	
		a) Außervertragliche Schuldverhältnisse	
		b) Internationales Sachenrecht	
		c) Sonstige Bereiche	
	2.	Auffassungen zu Art. VII Abs. 1 Satz 1 EuÜ	
	3.	Tatsächliche Reichweite des Parteiwillens	171
	4.	Meinungsstand zu § 1051 I ZPO	
		a) Unbegrenzte Parteiautonomie für alle Anknüpfungsgegenstände	173
		b) Reichweite der Parteiautonomie entsprechend dem	
		allgemeinen IPR der lex arbitri	173
		c) Teleologische Reduktion des Anwendungsbereichs	
		des § 1051 I ZPO	174
	5.	Stellungnahme	176
	6.	Harmonisierung mit den Methoden der objektiven Anknüpfung	179
	7.	Verbleibende Sonderanknüpfungen	180
•		ffsnormen	
I.		griffsbestimmung	
II.		wendung von Eingriffsnormen durch das Schiedsgericht	
	1.	Eingriffsnormen der lex causae und die Schuldstatutstheorie	
	2.	Drittstaatliche Eingriffsnormen und die Sonderanknüpfungslehre	
	3.	Eingriffsnormen des deutschen Schiedsortes	
	4.	Ergebnis	185
§ 11 V		aucherschützende Sonderanknüpfungen vor	
	int	ernationalen Schiedsgerichten	187
		-	
I.	Zur	r Relevanz internationaler Schiedsverfahren mit Verbraucherbeteiligung	1.187
	1.	Internationale Kapitalanlagegeschäfte	188
	2.	Verbraucherhandeln im EG-Binnenmarkt, insbesondere	
		mittels elektronischem Geschäftsverkehr	194
II.	Ber	rücksichtigung international zwingender Verbraucherschutznormen im	
	Gel	ltungsbereich des § 1051 ZPO	196
	1.	Keine ausdrückliche Regelung von verbraucherschützenden	
		Sonderanknüpfungen in § 1051 I, II ZPO	196
	2.	Anwendungsbereich des Art. 28 UMG beschränkt auf internationale	
		Handelsschiedsverfahren	197
	3.	Materialien zu § 1051 ZPO	
	4.	"Ausreichender" Verbraucherschutz bei der Vereinbarung der	
		Schiedsgerichtsbarkeit?	200

Inhaltsverzeichnis

		a) Prozessualei Verbraucherschutz in internationalen	
		Zuständigkeitsrecht	202
		b) Positive Regelungen des Verbraucherschutzes im	
		Schiedsverfahrensrecht	205
		aa) Geschützter Personenkreis	205
		bb) Erhöhte Formerfordernisse gemäß § 1051 V ZPO	206
		cc) Einschränkung der Schiedsfähigkeit von Privatanlegern	
		und bei Wohnraummietverhältnissen	208
		(1) § 37 h WpHG	208
		(2) § 1030 II ZPO	209
		c) Ableitung weiterer Bereichsausnahmen i.S.v. § 1030 III ZPO	209
		aa) Einordnung der präventiven Kontrolle von	
		Verbraucherschiedsverfahren	210
		bb) Ableitung von Schiedsverboten aus	
		zwingenden Gerichtsständen?	211
		cc) Ableitung von Schiedsverboten aus international	
		zwingenden Sachnormen?	212
		dd) Stellungnahme zu § 1030 III ZPO	213
		d) Ergebnis	
	5.	Einfluss des Gemeinschaftsrechts: insbesondere die Empfehlung	
		der Kommission vom 30.3.1998 (98/257/EG)	217
		a) Außergerichtliche Streitbeilegung im Sinne der Empfehlung	
		der Kommission 98/257/EG	219
		b) "Grundsatz der Rechtmäßigkeit" bei grenzübergreifenden	
		Verbraucherstreitigkeiten	220
		c) Wirkung der Kommissionsempfehlung 98/257/EG	
	6.	Durchsetzung international zwingender Verbraucherschutznormen	
		im Rahmen der ordre public-Kontrolle staatlicher Gerichte	223
	7.	Zusammenfassung	
III.	Or	entierung an verbraucherschützenden Sonderanknüpfungen des	
		gemeinen IPR	228
§ 12 Sc	hlu	ssbetrachtung	232
Literatu	ırve	erzeichnis	235
Sachre	oist	er	259

Abkürzungsverzeichnis

a.A. anderer Ansicht

AAA American Arbitration Association

a.a.O. am angegebenen Ort

ABl. EG Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

Abs. Absatz

AcP Archiv für die civilistische Praxis

a.E. am Ende a.F. alte Fassung AktG Aktiengesetz

Am. Rev. Int'l Arb. American Review of International Arbitration

Anm, Anmerkung

Ann. Inst. Dr. Int'l Annuaire de l'Institut de Droit international

ArbGG Arbeitsgerichtsgesetz
Arb. Int. Arbitration International

Art. Artikel Aufl. Auflage

AWD Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (1958-1974)

BAG Bundesarbeitsgericht

BAGE Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts

BB Betriebs-Berater: Zeitschrift für Recht und Wirtschaft

Begr.BegründungBespr.BesprechungBeurkGBeurkundungsgesetzBGBBürgerliches GesetzbuchBGBI.Bundesgesetzblatt

BGE Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts

BGH Bundesgerichtshof

BGHZ Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen

BörsG Börsengesetz

BT-Drucks. Bundestagsdrucksache

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

bzw. beziehungsweise

CENTRAL Center for Transnational Law, Köln

CISG United Nations Convention on Contracts for the International

Sale of Goods

Clunet Journal du Droit International, begründet von Clunet

Coll. ICC Arb. Awards
CPC
Collection of ICC Arbitral Awards
CPC
Codice di Procedura Civile (Italien)

DB Der Betrieb dass. dasselbe ders. derselbe dies. dieselben

DIS Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.

DIS-Materialien

DIS-SchGO DIS-Schiedsgerichtsordnung

Duke L. J. Duke Law Journal

XVIII

EuZW

Abkürzungsverzeichnis

DVBl. Deutsches Verwaltungsblatt

DZWir Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

ebd. ebenda

EGBGB Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

EGVVG Einführungsgesetz zu dem Gesetz über den

Versicherungsvertrag

Einl. Einleitung

EU Europäische Union EuGH Europäischer Gerichtshof

EuGVO Verordnung EG Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche

Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von

Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom

22.12.2000

EuGVÜ Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche

Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher

Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968

EuLF The European Legal Forum

EuÜ Europäisches Übereinkommen über die

Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21.4.1961 Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

EVÜ Europäisches Übereinkommen über das auf vertragliche

Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980

EWG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht

f./ff. folgende

FamRZ Zeitschrift für das gesamte Familienrecht

FernUSG Fernunterrichtsschutzgesetz

Fn. Fußnote franz. französisch FS Festschrift

GVG Gerichtsverfassungsgesetz

GWB Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Hdb. Handbuch

h.M. herrschende Meinung

Hastings Int'l & Comp. L. R. Hastings International and Comparative Law Review

Hrsg. Herausgeber

HWiG Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und

ähnlichen Geschäften

Hs. Halbsatz

ICC International Chamber of Commerce

ICCA International Council for Commercial Arbitration I.C.L.Q. The International and Comparative Law Quarterly

IDR International Journal of Dispute Resolution: Betriebsberater

für

Wirtschaftsmediation und Schiedsgerichtsbarkeit

insb. insbesondere Int. International

Int. Comm. Arb. International Commercial Arbitration

Int. Encyclopedia of Comp. L.

Int'l Comp. L. Q.

International Encyclopedia of Comparative Law
International and Comparative Law Quarterly

Int'l Law.The International LawyerInt'l L. Rep.International Law ReportIPRInternationales Privatrecht

IPRax Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts IPRG Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht

(Schweiz, Österreich)

IPRspr. Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des

Internationalen Privatrechts

i.S.v. im Sinne von i.V.m. in Verbindung mit

IZPR Internationales Zivilprozessrecht IZVR Internationales Zivilverfahrensrecht

JBl. Juristische Blätter

JIntArb Journal of International Arbitration

JPS Jahrbuch für die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit

JuS Juristische Schulung
JW Juristische Wochenschrift

JZ Juristenzeitung
Kap. Kapitel
KG Kammergericht
KOM Kommissionsdokument

LCIA London Court of International Arbitration

LG Landgericht
li. Sp. linke Spalte
lit. litera (= Buchstabe)
m.a.W. mit anderen Worten

MDR Monatsschrift für Deutsches Recht

MPI Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales

Privatrecht

MünchKomm Münchener Kommentar

MünchKommZPO Münchener Kommentar zu Zivilprozeßordnung

m.w.N. mit weiteren Nachweisen

NCPC Nouveau Code de procédure civile (Frankreich)

n.F. neue Fassung

NiemZ Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht

NJW Neue Juristische Wochenschrift

NJW-RR NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht

Nr. Nummer

NZG Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OGH Oberster Gerichtshof (Österreich)

OLG Oberlandesgericht para.

Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales

Privatrecht

Rec. des Cours Recueil des Cours de l'Académie de Droit international

de La Have

RegE Regierungsentwurf re. Sp. rechte Spalte

Rev. Arb. Revue de l'arbitrage

Rev. crit. dr. int. priv. Revue critique de droit international privé

RGBl. Reichsgesetzblatt

RGZ Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW Recht der internationalen Wirtschaft (1954/55-1957, 1975

ff.)

Rn. Randnummer
Rs. Rechtssache
Rspr. Rechtsprechung

S. Seite

SCC Stockholm Chamber of Commerce SchiedsVZ Zeitschrift für Schiedsverfahren

S.Ct. Supreme Court Reports

Sect. Section

Slg. Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der

Europäischen Gemeinschaften

sog. sogenannt

SZ Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes

in Zivilsachen

TranspR Transportrecht

UMG UNCITRAL-Modellgesetz

UN United Nations UN-Dok. UN Dokument

UNCITRAL United Nations Commission on International Trade Law
UNIDROIT Institut international pour l'unification du droit privé, Rom
UNÜ New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und

Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni

1958 (UN-Übereinkommen)

UrhG Urheberrechtsgesetz
US United States
v. versus, vom, von

Var. Variante
Verf. Verfasser
vgl. vergleiche

VuR Verbraucher und Recht

WBRv Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering (Niederlande)

WechselG Wechselgesetz

WiB Wirtschaftsrechtliche Beratung: Zeitschrift für

Wirtschaftsanwälte und Unternehmensjuristen

WIPO World Intellectual Property Organisation

WM Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und

Bankrecht

WpHG Gesetz über den Wertpapierhandel

(Wertpapierhandelsgesetz)

Yearbook Comm. Arb. Yearbook of Commercial Arbitration

z.B. zum Beispiel

ZEuP Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZGR Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht

ZHR Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht

ZIP Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

Abkürzungsverzeichnis

zit. zitiert

ZPO Zivilprozessordnung
ZPO-E
ZPO-Entwurf
ZPR Zivilprozessrecht

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik

ZRVgl Zeitschrift für Rechtsvergleichung (Österreich)

z.T. zum Teil

ZVglRWiss Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

ZZP Zeitschrift für Zivilprozeß

Einleitung

Zur sorgfältigen Ausarbeitung internationaler Verträge gehört es, mögliche Streitigkeiten bei der Geschäftsabwicklung vorherzusehen und eine effektive Form der Streiterledigung zu vereinbaren, soweit einvernehmliche Problemlösungen scheitern. Zu denken ist einmal an die Aufnahme einer Gerichtsstandsklausel. Allerdings scheitert im Rahmen internationaler Verträge die Verständigung auf ein staatliches Forum regelmäßig bereits an dem ausgeprägten Misstrauen, das gegenüber den Gerichten im Heimatland der jeweils anderen Seite besteht. Keine der Parteien möchte sich im Konfliktfall einem ihr in jeder Hinsicht fremden Gerichtsverfahren aussetzen, das dem Gegner zugleich einen "Heimvorteil" bietet.

Vor diesem Hintergrund kommt der Vereinbarung internationaler Schiedsgerichtsbarkeit im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr überragende Bedeutung zu. Die Parteien aus verschiedenen Staaten und Rechtskulturen haben hier die Möglichkeit, sich einem beiderseits akzeptierten, "neutralen" Forum zu unterwerfen. Zu den weiteren Vorzügen der privaten Schiedsgerichtsbarkeit rechnen vor allem die weitgehende Freiheit der Parteien zur Ausgestaltung des Schiedsprozesses bis hin zur Verfahrenssprache, die Möglichkeit, Schiedsrichter mit branchenspezifischer Sachkompetenz zu benennen, die Diskretion des Schiedsverfahrens und die im Vergleich zu Gerichtsentscheidungen besser gewährleistete Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen im Ausland. Diese richtet sich praktisch weltweit nach dem New Yorker UN-Übereinkommen vom

¹ Berger, RIW 1994, 12, nach dessen Einschätzung fast 90 % aller grenzüberschreitenden Wirtschaftsverträge eine Schiedsklausel enthalten; Stumpf/Steinberger, RIW 1990, 174; MünchKommZPO-Münch, Vor § 1025 Rn. 10; Elsing, RIW 2002, Beilage 3 (IDR), 19; Kreindler, RIW 2002, Beilage 3 (IDR), 4, 5; Redfern/Hunter, Int. Comm. Arb., S. 1.

² Lionnet/Lionnet, Hdb. der Schiedsgerichtsbarkeit, S. 85 f.; Redfern/Hunter, Int. Comm. Arb., S. 26 f.

10.6.1958.³ So stellt die Schiedsgerichtsbarkeit die adäquate Rechtsprechungsform für internationale Wirtschaftsverträge dar.

Ihre Grundlage und Verankerung findet die internationale Schiedsgerichtsbarkeit in den Schiedsgesetzen und Konventionen der Staaten. Diese erkennen übereinstimmend eine weitgehende Freiheit der Parteien an, ihren Rechtsstreit mittels Schiedsvereinbarungen der staatlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen.

Die neuere Entwicklung im Schiedsverfahrensrecht wurde weltweit durch das UNCITRAL-Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit beeinflusst. So beruht auch die deutsche Schiedsverfahrenskodifikation gemäß §§ 1025-1066 ZPO⁴ auf der weitgehenden Übernahme des UNCITRAL-Modellgesetzes. Mit der Novellierung wurde ein Regelwerk abgelöst, das in seinen wesentlichen Teilen unverändert auf die 1879 in Kraft getretene Civilprozeßordnung zurückging. Nachdem insbesondere eine "kleine Reform" im Jahre 1986 dem deutschen Schiedsverfahrensrecht keine entscheidenden Modernisierungsimpulse geben konnte, hat sich der deutsche Gesetzgeber mit der grundlegenden Neufassung des 10. Buches der ZPO in den Geleitzug zahlreicher Staaten eingereiht, die sich bei der Reform ihrer Schiedsgesetze ganz oder teilweise an dem in internationalem Konsens entwickelten Maßstab des UNCITRAL-Modellgesetzes orientiert haben.

Auf internationaler Ebene stand im Vordergrund, das Ansehen Deutschlands als Austragungsort internationaler Schiedsstreitigkeiten zu fördern. Als grundlegende Aspekte werden hier der "Wiedererkennungswert", die "Benutzerfreundlichkeit" und die "Schiedsfreundlichkeit" des Schiedsverfahrensrechts genannt. Im nationalen Bereich war demgegenüber die Entlastung der staatlichen Justiz durch eine verstärkte Nutzung der Schiedsgerichtsbarkeit prägendes Motiv der Reform.

³ Ausführlich *Lionnet/Lionnet*, Hdb. der Schiedsgerichtsbarkeit, S. 103 ff.; *Stein/Jonas/Schlosser*, ZPO²², vor § 1025 Rn. 1; *Reithmann/Martiny/Hausmann*, Int. Vertragsrecht, Rn. 3214 f.

⁴ Gesetz zur Neuregelung des Schiedsverfahrensrechts vom 22.12.1997, BGBl. 1997 I, S. 3224, in Kraft seit dem 1.1.1998.

⁵ §§ 851-872 CPO, RGBI. 1877, S. 83, 239 ff.

⁶ Hierzu noch unten S. 32 f.

⁷ Begr. RegE BT-Drucks, 13/5274, S. 1.

⁸ So *Berger*, Das neue Recht der Schiedsgerichtsbarkeit, S. 2 f.; vgl. auch IPRG-*Blessing*, Einl. zum 12. Kap. Rn. 133 ff.

⁹ Begr. RegE BT-Drucks. 13/5274, S. 1; *Lionnet/Lionnet*, Hdb. der Schiedsgerichtsbarkeit, S. 87 f.

Ī. Problemstellung

Die vielfältigen grenzüberschreitenden Bezüge internationaler Schiedsverfahren werfen Fragen nach dem in der Hauptsache anwendbaren Recht auf. Zwar können umfangreich dokumentierte Wirtschaftsverträge die Schiedsrichter in die Lage versetzen, eine Hauptsacheentscheidung ohne den Rückgriff auf eine bestimmte Rechtsordnung und ohne die Auseinandersetzung mit kollisionsrechtlichen Problemen zu fällen. 10 Aber auch dann existieren die streitgegenständlichen Vertragsbeziehungen nicht in einem rechtlichen Vakuum.

Zur Lösung der im internationalen Rechtsverkehr auftretenden Rechtskollisionen bedarf es Entscheidungsnormen des maßgeblichen Schiedsverfahrensrechts. Im Anschluss an Art. 28 UMG¹¹ enthält § 1051 ZPO für deutsche Schiedsgerichte erstmals eine eigene IPR-Vorschrift zur Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts, die in dem grundsätzlich auf nationale Verfahren zugeschnittenen früheren Schiedsgesetz nicht enthalten war.

Dabei ist § 1051 ZPO nicht auf den ersten Blick als ein Bestandteil des positiv normierten deutschen IPR wahrzunehmen. Die Norm findet sich in der Zivilprozessordnung, eingebettet in die Vorschriften über das schiedsrichterliche Verfahren. Hier hat sich der Gesetzgeber für ein monistisches Modell entschieden, das insgesamt nicht zwischen nationaler und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit unterscheidet. Anders etwa in der Schweiz. Dort gilt eine spezielle Regelung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als 12. Kapitel des schweizerischen IPR-Gesetzes. Die Kollisionsvorschrift des Art. 187 IPRG wird damit schon gesetzessystematisch als Teil der Gesamtkodifikation¹² des schweizerischen Internationalen Privatrechts erkennbar.

Mit der Regelung des § 1051 ZPO erscheint zunächst ein grundlegendes Problem in neuem Licht. Bereits für das frühere Gewohnheitsrecht war unklar, ob Schiedsgerichte bei der Bestimmung des auf grenzüberschreitende Sachverhalte anwendbaren materiellen Rechts die gleichen Vorschriften des Internationalen Privatrechts heranzuziehen haben, wie die staatlichen Gerichte am Ort des Schiedsverfahrens, oder ob sich ein autonomes Sonderkollisionsrecht herausgebildet hat, das losgelöst von der zwingenden Geltung nationaler Anknüpfungsregeln ein Ausdruck der Spezifität der

¹⁰ Redfern/Hunter, Int. Comm. Arb., S. 93; Schlosser, Int. private Schiedsgerichtsbar-

¹¹ UN-Dok. A/40/17, para. 238 = Holtzmann/Neuhaus, S. 807: "[...] the model law would be incomplete without a provision on rules applicable to the substance of disputes [...]".
¹² IPRG-Schnyder, Art. 1 Rn. 7.

internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ist. ¹³ Die nun ausdrückliche Kollisionsregelung wirft die Frage auf, wie sie sich zum übrigen, "allgemeinen" IPR verhält, das zu wesentlichen Teilen in den Art. 3 ff. EGBGB kodifiziert ist.

§ 1051 I und II ZPO normiert zwei elementare Anknüpfungsprinzipien – subjektiv die Parteiautonomie, objektiv das Prinzip der engsten Verbindung. Deren Ausformung soll unter Berücksichtigung der Besonderheiten der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit untersucht werden. Die Spanne der denkbaren Inhalte insbesondere der Formel von den engsten Verbindungen reicht von einer strikten Bindung an das Kollisionsrechtssystem der Art. 27-37 EGBGB bis hin zu einer allen nationalen Kollisionsregeln enthobenen Freiheit des Schiedsgerichts bei der Bestimmung des in der Hauptsache anwendbaren Rechts.

Die vorliegende Arbeit nimmt die Sicht in Deutschland lokalisierter Schiedsgerichte ein, die gemäß §§ 1025 I i.V.m. 1043 I ZPO dem deutschen Schiedsverfahrensrecht und damit § 1051 ZPO unterliegen.

II. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes und Begriffsbestimmungen

- 1. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit
- a) Schiedsgerichtsbarkeit und staatliche Gerichtsbarkeit

Unter Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne des 10. Buches der ZPO ist eine auf dem Willen der Beteiligten beruhende nichtstaatliche Gerichtsbarkeit in privatrechtlichen Angelegenheiten an Stelle der staatlichen Gerichtsbarkeit zu verstehen.¹⁴

Konstituierend für das Schiedsverfahren ist die auf einem Rechtsgeschäft beruhende Anordnung der Streitentscheidung durch Private. Eine Legaldefinition der Schiedsvereinbarung gibt § 1029 I ZPO. Danach handelt es sich um eine "Vereinbarung der Parteien, alle oder einzelne Streitigkeiten, die zwischen ihnen in Bezug auf ein bestimmtes Rechtsverhältnis vertraglicher oder nichtvertraglicher Art entstanden sind oder künftig entstehen, der Entscheidung durch ein Schiedsgericht zu unterwerfen". Durch die wirksame Schiedsvereinbarung wird der Rechtsweg zu den sonst zuständigen ordentlichen Gerichten ersetzt durch die private Gerichtsbar-

¹³ Aus Sicht des schweizerischen Rechts IPRG-Blessing, Einl. zum 12. Kap. Rn. 225.

¹⁴ BGHZ 65, 59, 61; MünchKommZPO-Münch, Vor § 1025 Rn.1; Schwab/Walter, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 1; Lachmann, Hdb. für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 2.

¹⁵ Stein/Jonas/Schlosser, ZPO²², vor § 1025 Rn. 4.

keit,¹⁶ die gemäß § 1055 ZPO mit Rechtskraftwirkung¹⁷ endgültig über einen Rechtsstreit im Schiedsspruch als einem "urteilsgleichen Jurisdiktionsakt"¹⁸ entscheidet. Klagt eine Partei dennoch vor einem staatlichen Gericht, so kann dem die Schiedseinrede entgegengehalten werden, worauf das angerufene Gericht die Klage gemäß § 1032 I ZPO durch Prozessurteil abzuweisen hat.

Aus dem Vorgenannten erklärt sich die nach moderner Auffassung überwiegend vertretene Qualifikation der Schiedsvereinbarung als Prozessvertrag und die prozessuale Rechtsnatur der Schiedsgerichtsbarkeit insgesamt. Die private Schiedsgerichtsbarkeit ist damit als echte Jurisdiktion anerkannt. Die progen der Germannt erkannt.

Die staatliche Gerichtsbarkeit ist im Zusammenhang mit einem Schiedsverfahren auf Hilfsfunktionen und eine nachgelagerte Kontrolle des Schiedsspruchs bei einem Aufhebungsantrag der beschwerten Partei sowie bei der Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs beschränkt.²¹ Diese staatliche Flankierung der privatisierten Rechtsprechung stellt deren Funktionsfähigkeit allerdings erst sicher, indem die Parteien vor eklatantem prozessualem oder materiellem Unrecht bewahrt werden und allein die staatlichen Gerichte gegebenenfalls erforderliche Zwangsmaßnahmen anordnen können.

¹⁶ BGH NJW 1986, 3077, 3078; *Lachmann*, Hdb. für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 4 f.

¹⁷ Die materielle Rechtskraft gemäß § 1055 ZPO setzt die nicht ausdrücklich geregelte formelle Rechtskraft von Schiedssprüchen voraus; Stein/Jonas/Schlosser, ZPO²², § 1055 Rn. 1.

¹⁸ Habscheid, Schweizerisches ZPR, Rn. 833, 838, 840.

¹⁹ BGHZ 99, 143, 147; Wagner, Prozeßverträge, S. 578 ff.; Stein/Jonas/Schlosser, ZPO²², vor § 1025 Rn. 2; Schwab/Walter, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 1; Zöller/Geimer, ZPO, § 1029 Rn. 15; Henn, Schiedsverfahrensrecht, Rn. 17; anders noch die frühere Rspr. mit der Formel von der Schiedsvereinbarung als einem materiellrechtlichen Vertrag über prozessrechtliche Beziehungen: RGZ 156, 101, 104; BGHZ 23, 198, 200; 40, 320, 322; zustimmend Sandrock, RIW 1986, 841, 845, Fn. 32. Zu den unterschiedlichen Theorien eingehend Schlosser, Int. private Schiedsgerichtsbarkeit, Rn. 40 ff.; Grigera Naón, Choice-of-law Problems, S. 14 ff.; Lew, Applicable Law, S. 51 ff.

²⁰ BGHZ 65, 59, 61; BGH NJW 1986, 3077, 3078; Lionnet/Lionnet, Hdb. der Schiedsgerichtsbarkeit, S. 50; Stein/Jonas/Schlosser, ZPO²², vor § 1025 Rn. 2; MünchKomm-ZPO-Münch, Vor § 1025 Rn. 2; Raeschke-Kessler/Berger, Recht und Praxis des Schiedsverfahrens, S. 111, Rn. 461 ff.; Raeschke-Kessler, in: DIS-Mat IV (1998), S. 83 f.; Lachmann, Hdb. für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 7; Schütze, Schiedsgericht und Schiedsverfahren, Rn. 1; Schütze/Tscherning/Wais, Hdb. des Schiedsverfahrens, Rn. 110; Roth, Der Vorbehalt des Ordre Public, S. 125 ff.

²¹ Näher dazu Raeschke-Kessler, in: DIS-Mat IV (1998), S. 84 ff.

b) Andere Modelle der außergerichtlichen Streitbeilegung

Außerhalb der staatlichen Gerichtsbarkeit existiert ein dynamischer Markt unterschiedlichster Konfliktlösungsmodelle. Dabei steht die Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem Ablauf justizförmigen Verfahren durchaus nahe und ist insbesondere gekennzeichnet durch die volle Streitentscheidungsbefugnis des vereinbarten Schiedsgerichts.²² Dies unterscheidet sie grundlegend von anderen Formen der außergerichtlichen Streitbeilegung, bei denen ein neutraler Dritter den Parteien in der Rolle eines Mittlers zu einer einvernehmlichen Beilegung ihrer Streitigkeit verhelfen soll.²³ Entsprechend ihrer US-amerikanischen Herkunft werden hierbei die verschiedensten Formen außergerichtlicher Streitschlichtung als Alternative Dispute Resolution (ADR) im engeren Sinne zusammengefasst.²⁴ So ist etwa die Mediation dadurch gekennzeichnet, dass der Vermittler ("Mediator") die einvernehmliche Konfliktbeilegung der Parteien unterstützt und moderiert, ohne dabei über eine eigene Entscheidungskompetenz zu verfügen. 25 Die von den Parteien gegebenenfalls erzielte Einigung wirkt lediglich schuldrechtlich. Ihr kommt anders als dem Schiedsspruch keine Rechtskraftwirkung zu. 26

Dem internationalen Wirtschaftsverkehr stehen zur einvernehmlichen Streitbeilegung eigenständige Schlichtungsordnungen der ICC oder UN-CITRAL zur Verfügung.²⁷ In der Praxis entwickeln sich Mischformen von Schlichtung und Schiedsgerichtsbarkeit. Hybride Verfahrensarten, wie etwa "Med-Arb" (*mediation/arbitration*), "MEDaLOA" (*mediation and last offer arbitration*) oder Schiedsverfahren mit integrierter Schlichtung, sollen Vorteile der einzelnen Formen kombinieren.²⁸

²² MünchKommZPO-Münch, Vor § 1025 Rn. 11.

²³ Schütze, Schiedsgericht und Schiedsverfahren, Rn. 4; Stein/Jonas/Schlosser, ZPO²², vor § 1025 Rn. 6; Fouchard/Gaillard/Goldman, Traité de l'arbitrage comm. int., S. 16; Redfern/Hunter, Int. Comm. Arb., S. 32 f.

²⁴ Breidenbach, Mediation, S. 11 ff.; MünchKommZPO-Münch, Vor § 1025 Rn. 13.

²⁵ Breidenbach, Mediation, S. 4; Henssler/Koch, Mediation in der Anwaltspraxis, § 1 Rn. 10.

²⁶ Stein/Jonas/Schlosser, ZPO²², vor § 1025 Rn. 6.

²⁷ UNCITRAL Conciliation Rules vom 4.12.1980, abgedruckt bei *Sanders*, The Work of UNCITRAL on Arbitration and Conciliation, S. 119 ff.; ICC Schieds- und Schlichtungsordnung, deutsche Fassung abgedruckt bei *Schwab/Walter*, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 653 f.

²⁸ Eidenmüller, RIW 2002, 1; Nicklisch, RIW 1998, 169, 173; Redfern/Hunter, Int. Comm. Arb., S. 36 f., 43.

c) Nationale und internationale Schiedsgerichtsbarkeit

Ähnlich der Begriffsbildung im Internationalen Privat-²⁹ und Zivilprozessrecht³⁰ bezeichnet die Internationalität der Schiedsgerichtsbarkeit nicht die Herkunft der Rechtsquellen, dem ein Schiedsverfahren unterliegt, sondern den Umstand, dass ein Schiedsverfahren Bezüge zu mehr als einem Staat aufweist.³¹ Die für das Verfahren maßgeblichen Normen selbst haben ihren Ursprung stets in einer bestimmten Rechtsordnung.³² Internationale Schiedsgerichtsbarkeit ist somit die im Recht eines bestimmten Staates verankerte Schiedsgerichtsbarkeit mit grenzüberschreitenden Elementen. Auch soweit staatsvertragliches Einheitsrecht wie das UNÜ oder das EuÜ auf ein Schiedsverfahren anzuwenden ist, kann dieses erst durch die Transformationsgesetze der Vertragsstaaten verbindlich werden und steht so dem autonomen nationalen Recht gleich.³³ Demgegenüber ist von nationaler oder interner Schiedsgerichtsbarkeit die Rede, wenn alle relevanten Anknüpfungspunkte des Verfahrens ausschließlich Bezüge zum Inland aufweisen.

Die Frage, ob daneben eine anationale oder auch transnationale Schiedsgerichtsbarkeit anzuerkennen ist, die nach dem Parteiwillen gänzlich losgelöst von jeglicher nationaler Verfahrensrechtsordnung möglich sein soll,³⁴ ist jedenfalls aus Sicht des deutschen Rechts zu verneinen. Mit der Normierung des Territorialitätsprinzips in § 1025 I ZPO, nach dem jedes im Inland lokalisierte Schiedsverfahren deutschem Recht unterliegt,³⁵

²⁹ Dazu v. Bar/Mankowski, IPR I, § 1 Rn. 5; Junker, IPR, Rn. 4; Keller/Siehr, Allgemeine Lehren, S. 135 f.

³⁰ Vgl. Schack, IZVR, Rn. 2 ff.; Geimer, IZPR, Rn. 9; MünchKommZPO-Gottwald, IZPR Rn. 1. Zur Einordnung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als Teil des internationalen Zivilverfahrensrechts Schack, ebd., Rn. 11; Geimer, ebd., Rn. 7.

³¹ W. Lorenz, AcP 157 (1958/59), 265, 269; Schlosser, Int. private Schiedsgerichtsbarkeit, Rn. 37; Rensmann, Anationale Schiedssprüche, S. 33 f.; Lew, Applicable Law, S. 18 f.; Redfern/Hunter, Int. Comm. Arb., S. 12; v. Hoffmann, Int. Handelsschiedsgerichtsbarkeit: "Die [internationale] Schiedsgerichtsbarkeit ist ein internationaler Sachverhalt mit Mehrfachverknüpfung".

³² Schlosser, Int. private Schiedsgerichtsbarkeit, Rn. 207; ders., RIW 1982, 857; F. A. Mann, FS Flume, S. 594 ff.

³³ Vgl. v. Bar/Mankowski, IPR I, § 1 Rn. 5.

³⁴ So eine Ausprägung der *lex mercatoria*-Theorie: *Stein*, Lex mercatoria, S. 77 f., 85 ff.; *Rensmann*, Anationale Schiedssprüche, S. 40 ff., 70, 78 ff.; ablehnend *Smit*, in: *Carbonneau* (Hrsg.), Lex Mercatoria and Arbitration, S. 59 ff.

³⁵ Für einen allseitigen Ausbau des § 1025 I ZPO Geimer, IZPR, Rn. 3718b; Zöller/Geimer, ZPO, § 1025 Rn. 14; siehe auch Schlosser, in: Gottwald (Hrsg.), Revision des EuGVÜ – Neues Schiedsverfahrensrecht, S. 193: Danach würde ein Schiedsverfahren aus deutscher Perspektive immer dann einem bestimmten ausländischen Recht unterliegen, wenn sich der Schiedsort in diesem Land befindet; allerdings ablehnend gegenüber

und der Dichotomie von inländischen und ausländischen Schiedssprüchen bei der Anerkennung und Vollstreckung gemäß §§ 1060, 1061 ZPO bleibt kein Raum für eine dritte Kategorie anationaler Schiedsgerichtsbarkeit.³⁶

Die Abgrenzung der internationalen von der nationalen Schiedsgerichtsbarkeit kann bereits maßgeblich sein für die Vorschriften, denen das Verfahren unterliegt. So bestehen Sonderkodifikationen für internationale (Handels-)Schiedsverfahren z.B. in Frankreich (Art. 1492 ff. NCPC), der Schweiz (Art. 176 ff. IPRG) und in Italien (Art. 852 ff. CPC).

Für die Anwendbarkeit des autonomen deutschen Schiedsverfahrensrechts hat die im Einzelnen problematische Abgrenzung von interner und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit freilich keine grundsätzliche Bedeutung. Abweichend von dem Konzept des UNCITRAL-Modellgesetzes, eine Sonderregelung für internationale Handelsschiedsverfahren zu schaffen, hat sich der deutsche Gesetzgeber für einen monistischen Ansatz entschieden. Die Geltung der §§ 1025 ff. ZPO für alle Schiedsgerichte mit Sitz im Inland bewirkt, dass die Anwendung deutschen Verfahrensrechts nicht von der Qualifikation als rein nationale oder internationale Schiedssache abhängt.

Speziell der Frage nach dem anwendbaren Sachrecht gemäß § 1051 ZPO kommt eine praktische Bedeutung allerdings nur in internationalen Verfahren zu.³⁷ Weist die Schiedssache dagegen keinerlei Auslandsbeziehung auf, fehlt es bereits an einer "Kollision" des inländischen Rechts mit mindestens einer weiteren in Betracht kommenden Rechtsordnung.

Für die Charakterisierung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit sind die relevanten Auslandsberührungen, anhand derer sie zur rein nationalen Schiedsgerichtsbarkeit abzugrenzen ist, in einem weiten Sinn zu verstehen:³⁸ Dabei kann es sich sowohl um grenzüberschreitende Bezüge des

einer generellen Erweiterung zur allseitigen Kollisionsnorm Stein/Jonas/Schlosser, ZPO²², § 1025 Rn. 4.

³⁶ MünchKommZPO-Münch, § 1025 Rn. 7, § 1061 Rn. 3; Epping, Schiedsvereinbarung, S. 13; Geimer, IZPR, Rn. 3718; Schwab/Walter, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 428 f.; Blase, Recht grenzüberschreitender Verträge, S. 148, Fn. 50; so auch zum UMG UN-Dok. A/CN.9/207, para. 20 = Holtzmann/Neuhaus, S. 572; Granzow, Das UNCITRAL-Modellgesetz, S. 23 f. Zum früheren Recht ablehnend: Schlosser, RIW 1982, 857, 864 ff.; F. A. Mann, FS Domke, S. 159; ders., FS Flume, S. 594 ff.; MünchKomm-Sonnenberger, Einl. IPR Rn. 242; Sandrock, FS Stoll, S. 675 ff. geläufig ist die Formulierung von Raape, IPR, S. 557: "Das Schiedsgericht thront nicht über der Erde, es schwebt nicht in der Luft, es muß irgendwo landen, irgendwo ,erden'."; vgl. auch Redfern/Hunter, Int. Comm. Arb., S. 90 f.; Habscheid, Schweizerisches ZPR, Rn. 82.

³⁷ Begr. RegE BT-Drucks. 13/5274, S. 52.

³⁸ Schlosser, Int. private Schiedsgerichtsbarkeit, Rn. 37; Gottwald, in: Gottwald (Hrsg.), Int. Schiedsgerichtsbarkeit, S. 6 f.; Fouchard, Rev. Arb. 1970, 59, 63; ders., L'arbitrage comm. int., S. 20; Goldman, Rec. des Cours 109 (1963-II), 347, 361 ff.; Fragistas, Rev. crit. dr. int. priv. 49 (1960), 1, 13. Unterschiedliche Kriterien finden sich in

materiellen Streitgegenstandes³⁹ als auch um Auslandsberührungen des Schiedsverfahrens in den einzelnen Phasen der Schiedsvereinbarung, der Schiedsrichterbestellung, des eigentlichen Verfahrens vor dem Schiedsgericht und des Schiedsspruchs, handeln.⁴⁰

Im Ausgangspunkt genügt dann ein beliebiger Auslandsbezug, um für das Rechtsverhältnis, das den Gegenstand des schiedsrichterlichen Verfahrens bildet, die kollisionsrechtliche Frage nach dem anwendbaren Recht aufzuwerfen.

2. Fragen des anwendbaren Rechts im internationalen Schiedsverfahren

Gegenstand des internationalen Schiedsverfahrensrechts ist die Gesamtheit der inländischen Normen, die sich auf Schiedsrechtsverhältnisse mit grenzüberschreitenden Elementen beziehen. Jeder der dabei denkbaren Auslandsbezüge kann einen Anwendungskonflikt der berührten Rechtsordnungen auslösen. Den Kollisionsnormen kommt dabei die Aufgabe zu, die
einzelnen Phasen des Schiedsverfahrens dem jeweils maßgeblichen Statut
zuzuweisen. ⁴¹ Danach lassen sich im Zusammenhang mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit drei Bereiche unterscheiden, die kollisionsrechtliche Probleme aufwerfen können: ⁴²

Sonderkodifikationen für die internationale (Handels-) Schiedsgerichtsbarkeit: z.B. Art. 1492 des französischen NCPC (wenn die Interessen des internationalen Handels berührt sind); Art. 176 schweizerisches IPRG (ausländischer Wohnsitz (bzw. Gesellschaftssitz) oder gewöhnlicher Aufenthalt mindestens einer Partei); Art. I Abs. 1 lit. a EuÜ (gewöhnlicher Aufenthalt bzw. Sitz der Parteien in verschiedenen Vertragsstaaten); dazu *Redfern/Hunter*, Int. Comm. Arb., S. 14 ff. Sehr weitgehend lässt Art. 1 III lit. c UMG genügen, dass die Parteien den Bezug des Gegenstandes ihrer Schiedsvereinbarung zu mehr als einem Land ausdrücklich vereinbart haben; kritisch zu dieser Regelung *Berger*, Int. Wirtschaftsschiedsgerichtsbarkeit, S. 52; *Calavros*, Das UNCITRAL-Modellgesetz, S. 22.

³⁹ Allein auf diesen sachverhaltsbezogenen Ansatz stellt ab: v. Hoffmann, Int. Handelsschiedsgerichtsbarkeit, S. 51; kritisch dazu Calavros, Das UNCITRAL-Modellgesetz, S. 16.

⁴⁰ Calavros, Das UNCITRAL-Modellgesetz, S. 15 f.; Huβlein-Stich, Das UN-CITRAL-Modellgesetz, S. 11; Fouchard, Rev. Arb. 1970, 59, 64 ff.; zu den Phasen des "Schiedsrechtsverhältnisses" Roth, Der Vorbehalt des Ordre Public, S. 127 f.

⁴¹ Enger *Rensmann*, Anationale Schiedssprüche, S. 34, der unter dem Recht der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit "in erster Linie" Kollisionsrecht versteht; vgl. auch *Schlosser*, Int. private Schiedsgerichtsbarkeit, Rn. 207.

⁴² MünchKommZPO-Münch, § 1051 Rn. 7; v. Hoffmann, Int. Handelsschiedsgerichtsbarkeit, S. 57; Reithmann/Martiny/Hausmann, Int. Vertragsrecht, Rn. 3219 ff.; Geimer, IZPR, Rn. 3721 ff.; Born, Int. Comm. Arb. in the United States, S. 98 f. Zudem kann der Schiedsrichtervertrag als materiellrechtliche Beziehung zwischen Schiedsrichtern und Parteien genannt werden; dieser ist allerdings von der prozessualen Bestellung der Schiedsrichter i.S.v. § 1035 ZPO zu trennen und hat auf das Verfahren keinen Einfluss;

- Das Schiedsvereinbarungsstatut betreffend die vertragliche Grundlage der Schiedsgerichtsbarkeit zwischen den Parteien;⁴³
- das auf das eigentliche Schiedsverfahren anwendbare Recht, die *lex arbitri*, ⁴⁴ wofür nach der Schiedsrechtsreform gemäß § 1025 I ZPO das Territorialitätsprinzip gilt; ⁴⁵
- das Hauptsachestatut, 46 also das von den Schiedsrichtern auf den streitigen Sachverhalt anzuwendende Recht.

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit beschränkt sich auf den letztgenannten Problembereich, der in § 1051 ZPO normiert ist. Daher wird im Folgenden mit den Begriffen des Kollisions- bzw. Sonderkollisionsrechts allein auf die für den Sachentscheid maßgeblichen Anknüpfungsregeln Bezug genommen.

3. Begriff des Sonderkollisionsrechts der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

Die Frage nach der maßgeblichen *lex causae* lässt sich immer nur aus der Perspektive des zur Entscheidung berufenen Forums beurteilen. Ein und derselbe im internationalen Umfeld geschlossene Vertrag unterliegt aufgrund der Unterschiedlichkeit von IPR-Systemen nicht *dem* objektiven Vertragsstatut. Das Kollisionsrecht des Landes A kann objektiv auf Rechtsordnung X verweisen, während das IPR des Landes B die Rechtsordnung Y beruft. Die materielle Rechtsgrundlage eines Vertrages hängt so vom IPR-System des jeweils angerufenen Forums ab.⁴⁷ Dies gilt im Prinzip auch für den Fall einer Rechtswahl der Parteien, die allerdings im Bereich des internationalen Vertragsrechts praktisch allgemein akzeptiert wird.⁴⁸

Abweichende Anknüpfungssysteme können allerdings nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch innerhalb derselben Rechtsordnung jeweils danach bestehen, ob ein staatliches Gericht oder ein internationales Schiedsgericht angerufen wird. Für die vorliegende Untersuchung ist daher der Begriff des *Sonder*kollisionsrechts dem des *allgemeinen* Kollisionsrechts gegenüberzustellen.

siehe zum Schiedsrichtervertragsstatut Schütze/Tscherning/Wais, Hdb. des Schiedsverfahrens, Rn. 575; Lionnet/Lionnet, Hdb. der Schiedsgerichtsbarkeit, S. 259 ff.; Münch-KommZPO-Münch, Vor § 1034 Rn. 9; Basedow, JPS 1 (1987), 3, 19 ff.

⁴³ Dazu *Epping*, Schiedsvereinbarung, S. 39 ff.; *Geimer*, IZPR, Rn. 3785 ff.; *Vischer/Huber/Oser*. Int. Vertragsrecht, Rn. 1370 ff.

⁴⁴ Redfern/Hunter, Int. Comm. Arb., S. 77; F. A. Mann, ZHR 130 (1968), 97, 102; Blessing, in: van den Berg (Hrsg.), ICCA Congress Series No. 7, Vienna 1994, S. 393.

⁴⁵ Dazu unten S. 21 ff.

⁴⁶ Kronke, RIW 1998, 257, 261.

⁴⁷ Keller/Siehr, Allgemeine Lehren, S. 231.

⁴⁸ Näher dazu unten S. 79 ff.

Sachregister

Alternative Dispute Resolution (ADR)

- Begriff, im engeren Sinne 6 amiable composition *siehe* Billigkeitsentscheidung

Anknüpfung

- akzessorische 46
- analytische Methode des IPR 46 f.
- objektive 39 f., 71 ff., 109 ff., siehe auch engste Verbindung
- -sgegenstand 46, 48 ff., 71, 123, siehe auch Qualifikation
- -sgerechtigkeit 122 f.
- -smethoden, internationalisierungsfähige 131, 134, 178 ff.
- subjektive siehe Rechtswahl, siehe auch Parteiautonomie

Anwendungsbereich des § 1051 ZPO

- räumlicher 21 ff.
- sachlicher 45 ff., 172 ff.

Aufhebung des Schiedsspruchs siehe Überprüfbarkeit des Schiedsspruchs durch staatliche Gerichte Außergerichtliche Streitbeilegung siehe Alternative Dispute Resolution (ADR)

> - siehe auch Kommissionsempfehlung 98/257/EG

Ausweichklausel 74, 124, 126, 129, 138 f.

Auswirkungsprinzip 185

Billigkeitsentscheidung 30, 40 ff., 44, 93 ff., 152, 221, 225 Binnensachverhalte, reine 159 ff. Börsenschiedsgerichte 192 f. Börsentermingeschäfte 189 ff.

conflict avoidance 84 Currie, Brainerd 117

Dänemark 69 dépeçage 98 f. Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) 106, 122 Diskussionsentwurf der Kommission zur Neuordnung des Schiedsverfahrensrechts 38, 56 f.

E-Commerce 194 ff., 217 f. EG-Binnenmarkt 194 Eingriffsnormen 181 ff. Empfehlung i.S.d. Art. 249 V EGV 222 f. England 34 f., 58 f., 68 f., 112 engste Verbindung(en) 39 f., 56 ff., 71 ff., 122 ff., 143, 145 f. Entscheidungseinklang

- horizontaler 134 f.
- internationaler 133 ff.
- vertikaler 135 f.

Ermessen, schiedsrichterliches 40, 68, 74, 94 f., 114 ff., 119, 126 f. EuGVO/EuGVÜ 63 f., 202 ff. EVÜ 54 ff., 118

- Adressaten des 59 ff., 69 f. ex aequo et bono *siehe* Billigkeitsentscheidung

false conflict 117, 137
Flexibilität, kollisionsrechtliche 128 ff., 178
Frankreich 34 f., 58 f., 67 f., 89, 95, 119, 141 f.
fraus legis 99
Finanzmarktförderungsgesetz, viertes 191 f.
Finanztermingeschäfte 191 f.
Form

- der Schiedsvereinbarung in Verbrauchersachen 199 f., 206 f., 217
- -statut 46, 167, 230

forum shopping 63 f., 190, 203 freezing clauses *siehe* Versteinerungsklauseln

Generalklausel 73, 109, 124 f., 126 general principles of conflict of laws 117 f., 138

Gerichtsbarkeit, staatliche 5

- anzuwendendes Kollisionsrecht siehe lex fori
- siehe auch Überprüfbarkeit des Schiedsspruchs durch staatliche Gerichte

Gerichtsstandsvereinbarung 59 f., 202 ff.

Gesamtverweisung 82 Giuliano/Lagarde, Bericht 59 ff. governmental interests theory 117 Grünbuch KOM(2002) 654 endg. vom 14.1.2003 229 Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts ("Lando Prinzipien") 86,

Handelsbräuche 42 f.

89, 95

 internationale siehe lex mercatoria

Handelsschiedsgerichtsbarkeit, internationale

- im Sinne des EuÜ 29
- im Sinne des UNCITRAL-Modellgesetzes 197 f.

Internationale Handelskammer (ICC) 106 f., 120

Internationales Deliktsrecht 46, 47, 118, 168

Internationales Erbrecht 47, 170 Internationales Familienrecht 47, 170 Internationales Sachenrecht 46, 47, 169 f.

Internationales Vertragsrecht 46 ff., 54, 80 f., 118

IPR siehe Kollisionsrecht IPRG, schweizerisches siehe Schweiz Italien 58, 69

Kapitalanlagegeschäfte 188 ff. Kollisionsgrundnorm 17, 25 f., 115 Kollisionsnormenverweisung 82 Kollisionsrecht

- allgemeine Grundsätze des IPR 117 f.
- allgemeines 11, 70 ff.

- anzuwendendes 17 ff., siehe auch Kollisionsgrundnorm
- kollisionsrechtliches Fundamentalprinzip 123
- kumulative Anwendung von Kollisionsrechtssystemen siehe Kumulationsmethode
- Sonderkollisionsrecht siehe dort

Kommissionsempfehlung 98/257/EG 218 ff.

Konkordanz/Konvergenz 116 f., 137 Kontrolle des Schiedsspruchs *siehe* Überprüfbarkeit des Schiedsspruchs durch staatliche Gerichte Kumulationsmethode 115 ff., 137 f., 179 f.

lex arbitri 10, 20 ff. lex arbitri-Theorie 110 ff., 173 f., 178 lex fori 18 ff.

lex mercatoria

- externe Lücken 96
- kollisionsrechtliche/materiellrechtliche Wirkung der Wahl 87 f., 90 ff.
- Lehre von der 83 ff.
- objektive Anknüpfung 139 ff.
- siehe auch Rechtswahl, negative
- subjektive Anknüpfung 83 ff.
 Lokalisation 23 ff.
 Lokalisierungstheorie 80

Mediation 6, 219

Niederlande 34 f., 38, 58 f., 68, 89, 119

Online-Schiedsgerichtsbarkeit 195 f. ordre public 41, 92, 150 f., 223 ff. Ort des Schiedsverfahrens siehe Schiedsort

Parteiautonomie 79 ff., 90 ff., 96

- siehe auch Rechtswahl
- Schranken der 158 ff.

Privatautonomie 79 f.

Qualifikation 46, 47 f., 125, 132 f.

Sachregister

Recht

- anationales, transnationales siehe lex mercatoria
- Begriff gemäß Art. 27 I 1 EGBGB 87 f.
- Lehre vom "rechtsordnungslosen Vertrag" 97

Rechtmäßigkeit, Grundsatz der 220 ff. Rechtssicherheit 131 ff., 147, 178 Rechtsvorschriften, Begriff gemäß § 1051 I 1 ZPO 87 ff.

Rechtswahl 39, 79 ff.

- indirekte 105 ff.
- kollisionsrechtliche Wirkung siehe Parteiautonomie
- lex mercatoria siehe dort
- materiellrechtliche Wirkung siehe Privatautonomie
- negative 103 ff.
- Reichweite des Parteiwillens 171 f.
- Sachnormverweisung 82 f.
- Schranken der 159 ff., 167 ff.
- stillschweigende, konkludente 100 ff.
- teilweise 98 f.
- Wahl einer neutralen Rechtsordnung 81 f.
- Wahl eines nationalen Kollisionsrechts 82 f.

Reform des Schiedsverfahrensrechts

- frühere Rechtslage 32 ff.
- in Deutschland 2, 37 f., 72 f.
- monistisches Modell 3, 8, 38
- UNCITRAL-Modellgesetz siehe dort

Regierungsentwurf Gesetz zur Neuregelung des Schiedsverfahrensrechts 38, 55 ff., 74 f.

révision au fond, Verbot der 151, 223

Sachnormverweisung 82 f. Savigny, Friedrich Carl von 122 Schiedsfähigkeit

- mittelbare Beschränkungen 211 ff.
- objektive 209
- subjektive 193, 208 f.

Schiedsgerichte

- Ad-hoc- 105 f.

- institutionelle 106

Schiedsgerichtsbarkeit 4 f.

- anationale, transnationale 7 f.
- internationale 7 ff.
- nationale 7 ff.

Schieds(gerichts)ordnung 27, 105 ff., 147 f.

Schiedsklausel siehe Schiedsvereinbarung

Schiedsort, 21 ff.

- faktischer 24
- formaler 24, siehe auch Lokalisation
- und stillschweigende Rechtswahl 102 f.
- siehe auch Territorialitätsprinzip

Schiedsrichtervertrag 9 f.

Schiedsverfahren

- anwendbares Recht 10
- opting in, opting out des deutschen Schiedsverfahrensrechts 23

Schiedsvereinbarung 4, 10, 41 f., 59 ff., 189 ff., 208

Schuldstatutstheorie 182 f.

Schweiz 35, 50 f., 122, 143 f., 212 shared values 184

Sitz des Schiedsgerichts siehe Schiedsort

Sonderanknüpfungen

- Begriff 157
- Sonderanknüpfungslehre 183 ff.
- verbracherschützende 196 ff.,
 228 ff.

Sonderkollisionsrecht

- Begriff 11 f.
- "Natur", "Wesen" 64 ff.
- Quellen 27 ff., 51 f., 62, 66, 113
- Zielkonflikte im 128 ff.

Staatsverträge

- EWG-Übereinkommen, Brüsseler siehe EuGVO/EuGVÜ
- EWG-Übereinkommen,
 Römisches siehe EVÜ
- Übereinkommen, Genfer Europäisches (EuÜ) 29 ff.

- UN-Übereinkommen, New Yorker 1 f., 25, 73
- Vertrag, Deutsch-Tunesischer
 32
- Vorrang gegenüber dem autonomen Recht 28

Standards, rechtsvergleichende 164 f., 176, 179 f.

Teilverweisung 98 f. Territorialitätsprinzip 7, 21 ff., 110 f., siehe auch lex arbitri tronc commun-Ansatz 105

Übereinkommen siehe Staatsverträge Überprüfbarkeit des Schiedsspruchs durch staatliche Gerichte 5, 92, 135 f., 149 ff., 210, 223 f.

UNCITRAL-Modellgesetz 35 f.

- Umsetzung in Deutschland 37 f., 45, 197 f.

UNIDROIT-Prinzipien für internationale Handelsverträge 86, 89, 95

UN-Kaufrecht (CISG) 87

Verbrauchersachen 187 ff.

- Begriff 202, 205 f.
- siehe auch Eingriffsnormen
- kollisionsrechtlicher Schutz 196 ff., 217 ff.
- prozessualer Schutz 193,
 201 ff., 207, 209

Verfahrensmangel 150 ff. Verfahrenstheorie 21 f., 110 f. Verkehrssitte 43 f. Versteinerungsklauseln 100 Vertragsstatut 46 ff., 88, 90, 91, 93 f., 97 voie directe 68, 118 ff., 140 ff. voie indirecte siehe Zwei Stufen-Test

Welthandelsrecht siehe lex mercatoria Wertpapierhandelsgesetz 191 ff., 208 f. Wirtschaftsrecht, öffentliches 181, siehe auch Eingriffsnormen

Zwei Stufen-Test 112 ff. Zwingendes Recht, intern, international 79 f., 91 ff., 159, 181 ff., 221 f., 223 ff., 228

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

Adam, Wolfgang: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. Band 13.

Ady, Johannes: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. Band 136.

Ahrendt, Achim: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. Band 48.

Amelung, Ulrich: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. Band 97.

Anderegg, Kirsten: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. Band 21.

Bartels, Hans-Joachim: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. Band 7.

Bartnik, Marcel: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. Band 128.

Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. Band 132.

Basedow, Jürgen (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. Band 16.

Baum, Harald: Alternativanknüpfungen. 1985. Band 14.

Behrens, Peter: siehe Hahn, H.

Böhmer, Martin: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. Band 36.

Boelck, Stefanie: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. Band 41.

Brand, Oliver: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. Band 98.

Brockmeier, Dirk: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. Band 70.

Brückner, Bettina: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. Band 37.

Buchner, Benedikt: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. Band 60.

Busse, Daniel: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. Band 66.

Dilger, Jörg: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. Band 116.

Döse-Digenopoulos, Annegret: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. Band 6.

Dohrn, Heike: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. Band 133.

Dopffel, Peter (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. Band 23.

- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. Band 40.

-, *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band* 2.

Dornblüth, Susanne: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. Band 107.

Drappatz, Thomas: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. Band 95.

Drobnig, Ulrich: siehe Dopffel, Peter.

Eichholz, Stephanie: Die ÜS-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. Band 90.

Eisele, Ursula S.: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. Band 121.

- Eisenhauer, Martin: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. Band 59.
- Eschbach, Sigrid: Die nichteheliche Kindschaft im IPR Geltendes Recht und Reform. 1997. Band 56.
- Faust, Florian: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. Band 50.
- Fenge, Ania. Selbstbestimmung im Alter. 2002. Band 88.
- Fetsch, Johannes: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. Band 91.
- Fischer-Zernin, Cornelius: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. Band 15.
- Förster, Christian: Die Dimension des Unternehmens. 2003. Band 101.
- Forkert, Meinhard: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. Band 118.
- Freitag, Robert: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. Band 83.
- Fricke, Martin: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts, 1993. Band 32.
- Fricke, Verena: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. Band 110.
- Fröschle, Tobias: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. Band 49.
- Fromholzer, Ferdinand: Consideration. 1997. Band 57.
- Ganssauge, Niklas: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. Band 126.
- Godl. Gabriele: Notarhaftung im Vergleich. Band 85.
- Gottwald, Walther: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. Band 5.
- Graf, Ulrike: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzentscheidungen. 2003. Band 113.
- Grigera Naón, Horacio A.: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. Band 28.
- Grolimund, Pascal: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. Band 80.
- Hahn, H. u.a.: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. Band 10.
- Handorn, Boris: Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. Band 141.
- Hartenstein, Olaf: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. Band 81.
- Hein, Jan von: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. Band 69.
- Hellmich, Stefanie: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. Band 84.
- Hellwege, Phillip: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. Band 130.
- Hinden, Michael von: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. Band 74.
- Hippel, Thomas von: Der Ombudsmann im Bank- und Versichungswesen. 2000. Band 78.
- Janssen, Helmut: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. Band 79.
- Jeremias, Christoph: Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. Band 150.
- Jung, Holger: Ägytisches internationales Vertragsrecht. 1999. Band 77.
- Junge, Ulf: Staatshaftung in Argentinien. 2002. Band 100.
- Kadner, Daniel: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. Band 76.

- Kannengieβer, Matthias N.: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. Band 63.
- Kapnopoulou, Elissavet N.: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. Band 53.
- Karl, Anna-Maria: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. Band 33. Karl, Matthias: siehe Veelken, Winfried.
- Kern, Christoph: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. Band 135.
- Kircher, Wolfgang: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. Band 65.
- Klauer, Stefan: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. Band 99.
- Kleinschmidt, Jens: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. Band 117.
- Kliesow, Olaf: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. Band 87.
- Köhler, Martin: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. Band 111.
- Koerner, Dörthe: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. Band 44.
- Kopp, Beate: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. Band 55.
- Kronke, Herbert: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. Band 1.
- Landfermann, Hans-Georg: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. Band 18.
- Leicht, Steffen: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. Band 82.
- Linhart, Karin: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. Band 147.
- Linker, Anja Celina: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. Band 75.
- Lohmann, Arnd: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2004. Band 119.
- Lorenz, Verena: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. Band 140.
- Lüke, Stephan: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. Band 105.
- Meier, Sonja: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. Band 68.
- Melin, Patrick: Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. Band 137.
- Minuth, Klaus: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. Band 24.
- Mistelis, Loukas A.: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. Band 73.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. Band 67.
- Morawitz, Gabriele: Das internationale Wechselrecht. 1991. Band 27.
- Müller, Achim: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. Band 125.
- Nemec, Jirí: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. Band 54.
- Neumann, Nils: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. Band 142.
- Neunhoeffer, Friederike: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. Band 146.
- Niklas, Isabella Maria: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. Band 106.
- Pattloch, Thomas: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. Band 103.

- Peinze, Alexander: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. Band 92.
- Pfeil-Kammerer, Christa: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. Band 17.
- Plett, K. und K.A. Ziegert (Hrsg.) Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. Band 11.
- Pißler, Knut B.: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. Band 127.
- Reichert-Facilides, Daniel: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995.

 Band 46.
- Reiter, Christian: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. Band 89.
- Richter, Stefan: siehe Veelken, Winfried.
- Rohe, Mathias: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. Band 43.
- Rothoeft, Daniel D.: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. Band 122.
- Rühl, Giesela: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. Band 123.
- Rusch, Konrad: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. Band 109.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. Band 22.
- Sandrock, Andrea: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. Band 104.
- Schärtl, Christoph: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. Band 145.
- Schepke, Jan: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. Band 62.
- Scherpe, Jens M.: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. Band 96.
- Schilf, Sven: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. Band 138.
- Schimansky, Annika: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. Band 112.
- Schlichte, Johannes: Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. Band 144.
- Schmidt, Claudia: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. Band 31.
- Schmidt-Parzefall, Thomas: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. Band 47.
- Schnyder, Anton K.: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. Band 20.
- Scholz, Ingo: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. Band 61. Seibt, Christoph H.: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994.
- Beiot, Christoph H.: Ziviffechtlicher Ausgleich ökologischer Schaden. 1994.

 Band 42.
- Seif, Ulrike: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. Band 52.
- Sieghörtner, Robert: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. Band 93.
- Siehr, Kurt: siehe Dopffel, Peter.
- Solomon, Dennis: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. Band 124.
- Sonnentag, Michael: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. Band 86.
- Spahlinger, Andreas: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. Band 64.
- Stegmann, Oliver: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. Band 120.
- Stiller, Dietrich F.R.: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. Band 19.
- Takahashi, Eiji: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan Regelung nach deutschem Modell? 1994. Band 38.

- Tassikas, Apostolos: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. Band 114.
- Thiele, Christian: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. Band 115. Thoms, Cordula: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. Band 51.
- Tiedemann, Andrea: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. Band 34.
- Tiedemann, Stefan: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. Band 45.
- Trulsen, Marion: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. Band 129.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. Band 30.
- Verse, Dirk A.: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. Band 72.
 Waehler, Jan P. (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. Band 12.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. Band 4.
- Band 2, 1983, Band 9.
- Band 3. 1990. Band 25.
- Band 4. 1990. Band 26.
- Band 5. 1991. Band 28.
- Wang, Xiaoye: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. Band 35.
- Weishaupt, Axel: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. Band 3.
- Wesch, Susanne: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. Band 39.
- Weyde, Daniel: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. Band 58.
- Witzleb, Normann: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. Band 94.
- Wu, Jiin Yu: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. Band 71.
- Wurmnest, Wolfgang: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. Band 102. –: siehe Basedow. J.
- Zeeck, Sebastian: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. Band 108.
- Ziegert, K.A.: siehe Plett, K.